



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VI/149-30.6.51

Hinweise
auf den Inhalt :

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Schuman-Plan (Schluß): Die Begleitmusik	S. 1
Wallstreet-Agenten gegen Ostzonen-Kühe	S. 2a
Prognose zu den finnischen Parlamentswahlen	S. 3
Dilemma in Schleswig-Holstein	S. 5

Der Schuman-Plan in Einzeldarstellungen

Von Fritz Erler M.d.B.

VI. Die Begleitmusik

Eine geschäftige Propaganda will uns den Schuman-Plan als einen Markstein auf dem Wege nach Europa erscheinen lassen. In ihm drücke sich in vorbildlicher Weise der Geist europäischer Solidarität und Zusammenarbeit aus, den wir brauchten, damit für alle Zeiten Kriege zwischen Deutschland und Frankreich ausgeschlossen seien.

Das Ziel ist lobenswert und wird von uns aus ganzem Herzen begrüßt. Leider steht der Schuman-Plan nicht allein in der politischen Wirklichkeit von heute. Man kann die Identität von Besatzungsmacht und Vertragspartner nicht einfach aus der Welt schaffen. Der Geist des Vertragspartners im Schuman-Plan wird kaum ein anderer sein als der Geist, den der gleiche Partner in seiner Besatzungspolitik anwendet.

Zur selben Zeit, in der uns die wirtschaftlichen Segnungen des Planes für unsere Entwicklung gepriesen werden, setzt die Ruhrbehörde gegen erbitterten deutschen Widerstand die Kohlenexportquote in einer Höhe fest, die uns für den kommenden Winter wieder ernste Kohlennot beschert. Die französische Regierung verkündet daheim, man könne auf die Ruhrbehörde getrost verzichten, weil an ihre Stelle die Hohe Behörde des Schuman-

Planes trete. Wer sagt uns, daß sich die Schuman-Plan-Behörde vernünftiger verhalten wird als die ähnlich zusammengesetzte Ruhrbehörde? Auch in dieser hatten wir unsere Stimme, konnten uns aber gegen die Interessen der Kohlenkäufer nicht durchsetzen. Die gleiche Lage steht wieder vor uns.

Die Ruhrbehörde setzte auch den Exportpreis der deutschen Kohle fest. Während amerikanische und polnische Kohle in Europa DM 93,- die Tonne ohne Frachtzuschlag kostet, muß die deutsche Exportkohle zu DM 41,25 verkauft werden. Wir verschenken jährlich über 100 Mio. DM an Devisen. An diesem Zustand würde sich durch die Vollmachten der Hohen Behörde nichts ändern.

Die deutsche Stahlquote ist auf 11,1 Mio. Tonnen festgelegt. Weitere 3 1/2 Mio. dürfen (oh, Treppenwitz der Weltgeschichte) produziert werden, wenn sie der "westlichen Sicherheit" dienen. Ursprünglich wurde die Stahlquote festgelegt, damit deutscher Stahl nie wieder für irgend eine "Sicherheit" verwendet wird. Die Aufhebung der Stahlquote wurde im Hinblick auf den Schuman-Plan abgelehnt. Wir gehen als mit gebundenen Händen hinein. Warum wartet man auf die Ratifizierung des Planes, um uns eventuell von einer Fessel zu befreien? Das sollte man vorher tun.

In der Woche der Unterzeichnung des Vertrages hat die französische Regierung gegen die Präambel des alliierten Gesetzes Nr. 27, worin geschrieben steht, daß das deutsche Bundesparlament über die endgültige Eigentumsregelung der deutschen Grundstoff-Industrie entscheiden soll, ihr Veto eingelegt. Und wenn uns jetzt der amerikanische Hohe Kommissar in einer Propagandaschrift den Segen des Schuman-Planes für die Wiedergewinnung der deutschen Gleichberechtigung preist, dann steht das in schreiendem Gegensatz zu dem Verhalten seines Rechtsberaters, der heute noch aus Besatzungsrecht heraus Menschenräuber in Diensten der Russen der deutschen ordentlichen Gerichtsbarkeit entzieht, weil die Russen zur fraglichen Zeit Verbündete der Amerikaner gewesen seien.

Vergessen wir schließlich nicht das Saargebiet. Der schönste Briefwechsel täuscht nicht darüber hinweg, daß Außenminister Schuman nach seinen eigenen Erklärungen fest entschlossen ist, bei

späteren Verhandlungen die staatsrechtliche Trennung der Saar von Deutschland auf alle Fälle durchzusetzen.

Diese Begleitmusik birgt so viele schrille Töne, daß wir von der wirklich rein europäischen Gesinnung der entscheidenden Vertragspartner des Planes noch nicht restlos überzeugt sind. Es genügen hier keine feierlichen Versicherungen guter Absichten für die Zukunft. Es ist notwendig, in realen Tatsachen den Wandel der Beziehungen von Siegern und Besiegten sichtbar werden zu lassen. Ein Dokument wie der Schuman-Plan ist nicht möglich von der Ausgangsposition her, daß der eine als Sieger und Okkupant stärkere Pressionsmittel hat als der Besiegte und Besetzte, der doch nur durch Nachgeben seine Lage erleichtern könnte. Verträge von so großer Bedeutung für die Zukunft und auf so lange Sicht können nur abgeschlossen werden unter Staaten, denen man nicht die Gleichheit für die Zukunft verspricht, sondern denen man sie in der Tat vorher eingeräumt hat. Erst dann sind so weittragende Abmachungen wirklich frei zu verhandeln und abzuschließen.

+ + +

Wallstreet-Agenten gegen Ostzonen-Kühe

d.g. "Bauern, Arbeiter und Vertreter der Parteien hatten sich in Niederfraundorf bei Dippoldiswalde versammelt, um die Übergabe von vier Kühen durch die sächsische Regierung zu erleben und den niederträchtigen Anschlag der USA-Imperialisten auf das Vieh des Bauern Ruffani zu beantworten". So berichtet die "Sächsische Zeitung", das Organ der SEP im Land Sachsen, in ihrer Nr. 126. Mit welchen monopolkapitalistischen Methoden die USA-Imperialisten den ostzonalen Ruffani-Kühen nachgestiegen sein sollen, verschweigt der Bericht.

Bei der feierlichen Übergabe der vier Kühe erklärte der stellvertretende Landwirtschaftsminister Anders nach der "SZ": "Die Agenten der Wallstreet arbeiten mit den gemeinsten Mitteln und schrecken vor nichts zurück". Wahrscheinlich dachte der Minister an die im Vorjahr fehlgeschlagene Mär von der USA-Kartoffelkäfer-Invasion, die in diesem Jahr also von weit zugkräftigeren US-Kuhmördern abgelöst werden könnte. Bauer Ruffani erhielt sodann Versicherungen, daß das gesamte Volk mit der "Regierung" sozusagen hinter ihm und seinem Hof stehe. Die MAS-Brigade schwor, einen Tag gratis zu arbeiten, ein "Vepo"-Vertreter versicherte, ihm sei der Schutz des Volkseigentums oberstes Gebot, und die Pionier-Pimpfe der Freundschaft "Alexander Puschkin" schworen, "noch besser zu lernen". Zum Schluß schreibt die "SZ", ergriff Bauer Ruffani mit einem freudigen Lächeln auf dem Gesicht das Wort: "Was sich heute auf meinem Hofe abgespielt hat, wäre früher nie möglich gewesen". - Womit zumindest einmal ein wahres Wort gesprochen hätte ...

+ + +

Vor Parlamentswahlen in Finnland

K.R.K. Helsingfors, Juni 1951

Am 2. und 3. Juli wird das finnische Parlament neu gewählt werden. Seit Monaten sind die Wahlpräludien im Gange. Hier ist man davon überzeugt, daß ein politischer Erdbeben kaum zu erwarten ist. Einige Unsicherheitsfaktoren lassen sich jedoch leicht erkennen.

Die 200 Mandate des finnischen Reichstags (Finnland hat nur eine Kammer) verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Agrarier 56, Sozialdemokraten 55, Kommunisten (Volksdemokraten) 37, Sammlungspartei 33, Schwedische Volkspartei 14, Finnische Volkspartei 5 Mandate.

Zwar haben die Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen zum Gewerkschafts-Kongreß ansehnliche Mandatsgewinne erzielt, aber ihr Erfolg nimmt sich geringer aus, wenn man nur die Stimmzahl berücksichtigt. 152 Mandate der Sozialdemokraten stehen zwar gegen 65 kommunistische, die Stimmen verteilen sich aber mit 107.353 auf die Sozialdemokraten und mit 88.505 Stimmen auf die Kommunisten.

Wegen der relativ unpopulären Stabilisierungspolitik der agrarisch-sozialdemokratischen Koalitionsregierung rechnet man jedoch ohnehin in sozialdemokratischen Kreisen bestenfalls mit einer Fixierung des Stimmenbestandes der beiden rivalisierenden Parteien.

Sollten die Volksdemokraten Erfolge erringen, dann vor allem durch die Stimmen der Zwergbauern im Nordteil des Landes, die, unzufrieden mit der Agrarpolitik der Regierung, von der Agrarpartei abwandern dürften.

Nicht unwahrscheinlich ist, daß die bürgerlichen Parteien, die jetzt im Parlament eine Mehrheit von acht Mandaten haben, nicht nur Stimmen, sondern auch Mandate verlieren werden. Das Bürgertum ist politisch zersplitterter als bei den letzten Wahlen. Während es damals nur zwei rein finnischsprachige bürgerliche Parteien gab, die Sammlungspartei und die Finnische Volkspartei, kommen nun der Bund der Freisinnigen und die Radikale Volkspartei hinzu. Die schwedischsprachige Volkspartei, eine bürgerliche Gruppierung, ist durch die Übersiedlung vieler ihrer Anhänger nach Schweden benachteiligt.

Die Regierung besteht aus 7 Agrariern, 7 Sozialdemokraten, 2 schwed. Volksparteilern und 1 finn. Volksparteiler. Natürlich ist es kaum denkbar, daß sich nach den Wahlen Sozialdemokraten und Volksdemokraten zur Koalition finden. Die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung könnte sich in eine sozialdemokratisch-bürgerliche verwandeln und hätte immer noch eine verlässliche Mehrheit. Ob freilich die Sozialdemokraten sich bei einem ungünstigen Wahlausgang zur Regierungsbildung drängen, steht sehr in Frage. Wahrscheinlich würden sie den Volksdemokraten, mit denen die Agrarier hie und da zu Liebäugeln pflegen, den Vortritt lassen.

Die Aufstellung der Kandidaten ist besonders in zwei Fällen bemerkenswert. Der ehemalige kommunistische Innenminister Yrjö Leino, der die finnische Polizei in ein kommunistisches Werkzeug umzuwandeln versuchte, und als der starke Mann der Kommunisten gegolten hat, wurde vollkommen abgehalftert, nachdem ihn die KP-Presse zuvor sogar als Agent des amerikanischen Imperialismus beschimpfte. Seine ehemalige Gattin, Hertha Kuusinen, die nun als Parteiführerin fungiert, kandidiert in vier Wahlkreisen an leitender Stelle.

Bei den Sozialdemokraten kehrt der ehemalige Parteiführer Väinö Tanner in die politische Arena zurück und kandidiert an aussichtsreicher Stelle. Tanner, der 145 auf Betreiben der Russen als für den Krieg verantwortlich verurteilt worden war, und einige Jahre im Gefängnis verbracht hat, gilt als der beste politische Kopf der finnischen Arbeiterbewegung und eine der stärksten politischen Begabungen des finnischen Volkes überhaupt. Es ist klar, daß seine Kandidatur den Unwillen Moskaus und seiner Lakaien erregt.

+ + +

Ministerpräsident Lübke vor kaum lösbarer Aufgabe

Kiel, 30. Juni 1951

E.M. Mit Schleswig-Holsteins neuem Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Friedrich-Wilhelm Lübke ist die seit Monaten latente Regierungskrise noch nicht behoben, denn 37 Nein-Stimmen der SPD, des BHE und des dänischen SSW gegen Lübke, sowie zwei Stimmenthaltungen und sogar eine Gegenstimme von Wahlblock-Abgeordneten wiegen gegenüber den 28 Ja-Stimmen allzu schwer. Dazu kommt, daß der neue Ministerpräsident erst sein Kabinett zusammenstellen muß und sich dabei eigentlich nur auf den Wahlblock aus CDU, DP und FDP stützen kann, dessen bisherige Minister offensichtlich versagt haben.

Lübke erklärte allerdings, er beabsichtige seine Kabinettsmitglieder allein nach ihren "fachlichen Qualitäten" auszuwählen und würde gegebenenfalls sogar einen Sozialdemokraten in seine Regierung aufnehmen. Dieses Vorhaben wird jedoch von der SPD, die auch heute noch die relativ stärkste Partei ist, als utopisch bezeichnet, da niemand verlangen könne, daß sie die Mitverantwortung für eine heillos verfahrenere politische Situation übernehme, die der Wahlblock durch seine "dilettantenhafte Politik der Kompromisse" heraufbeschworen habe. Vorbedingung für eine Mitarbeit der SPD an der Regierung sei die Auflösung des Wahlblocks und die Wiederherstellung einer echten Verantwortlichkeit der drei bürgerlichen Fraktionen. Unter den gegenwärtigen Umständen, so erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende und frühere Ministerpräsident Bruno Diekmann unserem Korrespondenten, könne einem Kabinett Lübke keine lange Lebensdauer vorausgesagt werden.

Entscheidend für die Kieler Minderheitsregierung ist jedoch wieder einmal die Haltung des BHE. Waldemar Kraft, der Vorsitzende der Flüchtlingspartei, hat im Bewußtsein seiner Schlüsselstellung recht massive Forderungen für eine Mitarbeit angemeldet. Er wünscht, daß die Bundesregierung Schleswig-Holstein weitgehende Garantien für eine erheblich gesteigerte Finanzhilfe gibt. Der BHE will ferner nur dann die neue Regierung tolerieren oder sich am Kabinett beteiligen, wenn der Kurs Lübkes mit den wesentlichen Prinzipien der BHE-Politik konform geht. Grundsätzlich, sagte Kraft, sei seine Partei zu Verhandlungen mit allen anderen Parteien bereit. - Am vergangenen Dienstag hat Lübke mit Dr. Paul Pagel (CDU) und Dr. Hermann Andersen (FDP) ein provisorisches Drei-Mann-Kabinett gebildet. Diese Notregelung gilt bis zum 9. Juli, an dem die endgültige Ministerliste dem Landtag vorgelegt werden soll.

Verantwortlich: Peter Raunau